Haushaltsrede 17.3. 2005 Barbara Greven-Aschoff

Frau Oberbürgermeisterin…….

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf stimmen wir mit Änderungen zu. Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen zwischen SPD, Bunter Linken, Generation Heidelberg und uns, gelang es, ein Paket zu schnüren, dass den Haushalt in den Jahren 2005 und 2006 sichert und darüber hinaus Mittel für die für Heidelberg so wichtigen Zukunftsprojekte zur Verfügung stellt. Wir können auch deshalb zustimmen, weil die Schwerpunkte, die mein Kollege Peter Holschuh bei der Einbringung der Anträge genannt hat, in dem Paket vertreten sind: das sind neben den Bahnstadt, Kinderbetreuung, Bestandsicherung und an einigen Stellen sogar Verbesserungen im Sozialbereich, Qualitätssicherung im Bereich der Kultur und einer Verwaltungsreform mit dem Ziel weiterer Haushaltskonsolidierung.
Diese Ziele sind allerdings nur mit Hilfe von Steuererhöhungen zu erreichen. Das ist gerade in der gegenwärtigen Situation nicht erfreulich, aber auch nicht zu umgehen, wenn wir etwas gestalten möchten. Wir sind der Meinung, dass die Grundsteuererhöhung, die wir jetzt beschließen wollen, mit 60 Punkten einen maßvollen Kompromiss darstellt. Die Gewerbesteuer heben wir auf das Niveau von l999 wieder an, damit liegen wir immer noch unter den durchschnittlichen Gewerbesteuersätzen der baden-württembergischen Städte. CDU, Heidelberger u.a. haben ohne Not die Gewerbesteuer vor 6 Jahren abgesenkt und damit erreicht, dass wir seitdem Ausfälle in Millionenhöhe hatten. Geld, das uns für Investitionen gefehlt hat.
Was wollen wir mit diesen Erhöhungen erreichen: ab 2006 sollen Gelder in einen Zukunftsfonds fließen, in dem Rücklagen gebildet werden:

1. für die Erschließung der Bahnstadt. Die GGH muss sehr schnell instand gesetzt werden mit Hilfe einer noch zu gründenden Entwicklungsgesellschaft den Wohnungsbau in der Bahnstadt voranzubringen. Ca 3,5c zusätzliche Grundsteuer pro Quadratmeter für langfristig 5000 Einwohner in der Bahnstadt ist ein vernünftiges Ziel. Schließlich erhöht eine wachsende Einwohnerzahl die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes und des Bundes und verbessert langfristig die Einnahmeseite unseren Etats. Davon haben dann alle Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs etwas.

2. Wir sind uns alle einig, dass für die Betreuung von Kinder unter drei Jahren noch viel zu tun bleibt. Für die Weiterentwicklung Heidelbergs als prosperierendem Standort ist es unabdingbar, dass wir jene Rahmenbedingungen verbessern, die die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie für Männer und Frauen erleichtern. Wir wollen bis Ende 2005 eine Bedarfsdeckung von mindestens 20% erreichen und im Jahre 2006 von mindestens 25%. Falls es tatsächlich zu einer Absenkung der Eigenheimzulage kommen sollte und das freigewordene Geld in Kinderbetreuung und Bildung fließen sollte - wie es auch Öttinger

angekündigt hat – werden wir darauf dringen, dass noch weitere Betreuungsplätze geschaffen werden.

3. In den Zukunftsfond haben wir auch Mittel für die Schulsanierung eingestellt, um dringend notwendige Reparaturen und Sanierungen durchzuführen.

4. Mittelfristig wird in diesen Fonds Geld angesammelt werden zur Finanzierung der Straßenbahn ins Neuenheimer Feld und in die Altstadt. Und auch für das Kongreßzentrum.

Der Zukunftsfonds wird ab 2006 seine Wirksamkeit entfalten. Die Einnahmeverbesserungen, die wir anstreben, sollen aber auch den Bürgerinnen und Bürger zugute kommen, denen es nicht so gut geht. Ins Antragspaket ist daher auch eine Verbesserung für die Bezieher des Heidelbergpasses vorgesehen. In 2005 werden wir die Einkommensgrenzen um 5% anhaben und in 2006 nochmals um 5%, so dass mehr Menschen in den Genuss von verbilligtem oder freien Eintritten in Bäder, Fahrkarten, Museen etc kommen können. Außerdem wollen wir, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II den Heidelberg Pass beanspruchen können und das Angebot ausgeweitet wird. Diese soziale Komponente im Haushalt zu verankern war uns sehr wichtig.

Eine notwendige Aufgabe blieb für das Jahr 2005 zu lösen, den Haushalt so weit wie möglich auszugleichen. Immerhin sind in den letzten Jahren 20 Mio weniger Einnahmen hereingekommen infolge des Verlustes vor allem bei der Gewerbesteuer. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir zugestimmt, die Zuschüsse an die HVV zu kürzen: 1,5 Mio jeweils in 2005 und 2006. Das ist uns sehr schwer gefallen. Über die HVV sind die Verluste der HSB auszugleichen. Das verträgt sich schlecht mit einer Minderung der HVV-Zuschüsse. Aber Paketlösungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Beteiligten auch ungeliebte Kompromisse mit zu tragen haben. Wir erwarten, dass die HVV durch Strukturverbesserungen in ihren Tochtergesellschaften, diese Minderzahlungen erwirtschaften wird. Immerhin erreichen wir mit unserem Paket, dass der Verwaltungshaushalt keine negative Zuführung aufweist, wie so manche Nachbargemeinde Heidelbergs.

Im Unterschied zu anderen Parteien, insbesondere auf der rechten Seite des Hauses, haben wir den Willen auch in schwierigen Zeiten politisch zu gestalten. D.h. wir veranstalten keine Kürzungsorgie in den beiden künftigen Haushalten wie die CDU mit ihren 600000€ Kürzungen im Kulturbereich. Die sog. neue Mehrheit von l999 bis 2004 hat keine neuen Ideen oder Konzepte entwickelt oder gar umgesetzt.

Wir wollen die Balance wahren zwischen Haushaltskonsolidierung einerseits, eminent wichtigen Zukunftsaufgaben sowie Erhalt von qualitativ guten Standards im kulturellen und sozialem Bereich andererseits. Weitere Konsolidierung ist unserer Auffassung nach in der Verwaltung möglich, so beantragen wir, dass bis Ende 2006 ein Konzept über die künftige Verwaltungsstruktur unter der Zielsetzung der Ämterzusammenlegung erarbeitet wird. Damit können langfristig Personalkosten eingespart werden. Die Verwaltung hat die letzten Jahre über schon sehr große Beiträge zur Konsolidierung geleistet, wofür wir den Beschäftigten und der Verwaltungsspitze danken. Gleichwohl sehen wir die Möglichkeit von Einsparpotentialen durch Strukturmaßnahmen und Synergieeffekte. Potentiale zur sparsamen Mittelverwendung sehen wir auch im Bereich der Verwaltungs- und Geschäftsausgaben in einigen Ämtern, wo wir noch kleinere Summen einsparen wollen. Zusätzliche Minderausgaben wollen wir erreichen durch das Abschalten von nicht benötigten Ampeln im Stadtgebiet durch

Verkleinerung der Heidelberger Delegationen bei dem Austausch mit den Partnerstädten und Absenkung der Fraktionsgeschäftskosten. Mehreinnahmen werden wir durch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung bekommen. Mittelfristig werden wir Einnahmeverbesserungen erzielen durch eine Aktion für Studierende, in Heidelberg ihren Erstwohnsitz anzumelden. Dadurch können wir die Einwohnerzahlen erhöhen und auf weitere Ausgleichszahlungen setzen. Einnahmeverbesserungen spätestens ab 2006 erwarten wir auch von der Zeitwohnungssteuer.

Die kleineren Einsparmaßnahmen bzw. Mehreinnahmen summieren sich in toto auf ca 600.000€. Dem stehen im Jahre 2005 Mehrausgaben von 140.000€ gegenüber. Und im Jahre 2006 von 190.000€ ohne die Mittel für die Kinderbetreuung.

Schwerpunkte für Erhöhungen waren für uns soziale und kulturelle Gruppen, deren Existenz zu sichern notwendig war, damit Heidelberg seine Qualitätsstandard aufrechterhalten kann. Hierzu gehören im Kulturbereich der Karlstorbahnhof und die Halle 02. Die Halle 02, die mit ihrem Angebot die Jugendkultur bereichert und bisher keine Zuschüsse erhalten hat, braucht ein Signal, in Heidelberg weitermachen zu können.

Im sozialen Bereich war es uns wichtig, dem Ausländer/Migrationsrat Mittel für die Sprachförderung von Kindern zur Verfügung zu stellen, für Flüchtlinge stellten wir Geld ein, damit das System der Lebensmittelversorgung auf ein Bestellsystem umgestellt wird. Im Paket sind weitere Erhöhungen für den Frauennotruf und die Interventionsstelle enthalten. Damit wollen wir die Präventions- und Sicherheitsarbeit fördern, die angesichts andauernder Gewalt gegen Frauen immer noch nötig ist.

Für das Frauengesundheitszentrum sind in dem gemeinsamen Paket keine Zuschusserhöhungen vorgesehen. Es bleibt beim Haushaltsansatz Im Laufe des Jahres wird jedoch ein Konzept für eine Kooperation zwischen Frauengesundheitszentrum und Mädchenhausverein erarbeitet werden.

Für die Förderung der allgemeinen Frauenarbeit haben wir Projektmittel zur Verfügung gestellt, damit z.B. Angebote der Kirchen zur Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf unterstützt werden können. Das sind Aufgaben, die erwünscht sind. Berufsrückkehrerinnen müssen qualifiziert werden. Wir gehen davon aus, dass angesichts der demographischen Entwicklung der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in einigen Jahren wieder steigen wird.
Das Frauennachttaxi ist inzwischen in den Verwaltungsentwurf aufgenommen und wir freuen uns darüber, dass Frauen aller Altersstufen es jetzt wieder nutzen können.

Die Verbesserung der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren schlagen 2005 mit 50.000 und 2006 mit 250.000 zu Buche. Diese Aufgabe ist Teil des Zukunftsfonds, wie ich anfangs bereits ausführte. An den Kindern wollen wir nicht sparen und so haben wir in das Paket auch 50.000€ für die Sanierung von Kinderspielplätzen aufgenommen, die 2005 und 2006 im Vermögenshaushalt veranschlagt werden.
Insgesamt sind die Erhöhungen, die ins Paket aufgenommen wurden, maßvoll und werden vor allem durch die Kürzungen, die wir vorgenommen haben, gedeckt.

Im Vermögenshaushalt haben wir gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung massive Änderungen vorgenommen. So ziehen wir den Umbau von Rohrbach Markt vor und wollen, dass bereits in diesem Jahr mit dem Bau begonnen wird. Die Rohrbacher Bürgerinnen und Bürger warten schon seit Jahren darauf, dass ihr Stadtteil einen gut gestalteten Mittelpunkt bekommt, der verkehrsberuhigt ist und den Durchgangsverkehr von Süden ausschließt. Dafür streichen wir die Maßnahme der Anbindung von der Hertzstr. In Rohrbach Süd an die B 3 Die ist in der Tat nicht notwendig.

Einig waren sich die beteiligten Gruppen am Paket, dass die Westumgehung Grenzhof nicht gebaut werden soll, sondern alternative Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entwickelt werden sollen. Geschoben in das Jahr 2007 wird der Tiefgaragenbau Friedrich-Ebert-Platz. Ebenfalls geschoben wird der Burellitunnel, eine Maßnahme, die wir uns in absehbarer Zeit nicht leisten können.

Manche Zuhörer mögen sich fragen, inwieweit bei den Kürzungen und Streichungen im Straßenbau wir nicht Investitionen, die schließlich über die Gewerbesteuer Geld in die Kasse bringen, verhindern. Wir wollen aber nichts verhindern, sondern die Schwerpunkte anders setzen. Wir wollen in Wohnungen investieren, vor allem auch in preiswerten Wohnungsbau für Schwellenhaushalte. Und hier möchte ich nochmals zum Beginn meiner Ausführungen kommen: Die Erschließung der Bahnstadt wird unsere Wirtschaft beleben, die Bauwirtschaft, dann aber auch den Einzelhandel. Sie ermöglicht die Erhöhung der Einwohnerzahlen und damit bringt damit auch mehr Geld in unsere Haushaltskasse.
Lassen Sie uns mit allem Nachdruck dafür arbeiten, dass die Aufgaben, die wir im Zukunftsfonds festlegen, so schnell wie möglich angegangen werden.

In dem Sinne sehe ich in unserem gemeinsamen Paket, den Grundstein für einen zukunftsfähigen Haushalt.